



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Helmut Kaltenhauser FDP**
vom 28.07.2020

Wirecard (1)

Ich frage die Staatsregierung:

1. Treffen der Staatsregierung zum Thema Wirecard..... 3
 - a) Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und der Wirecard AG, einer ihrer Tochtergesellschaften und/oder vom Wirecard-Konzern beauftragten Interessenvertretern im Zeitraum von 2006 bis 2020 (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben)? 3
 - b) Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und der Bundesregierung im Zeitraum von 2006 bis 2020, die sich mit Wirecard beschäftigt haben (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben)?..... 4
 - c) Inwiefern hat sich die Staatsregierung dafür eingesetzt, dass die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften im Ausland expandieren konnte (bitte Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben)? 4
2. Treffen der Staatsregierung mit Sicherheitsbehörden 4
 - a) Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und Vertretern von Sicherheitsbehörden im Zeitraum von 2006 bis 2020, die die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften zum Thema hatten (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben und ob die Staatsregierung die Bundesregierung darüber jeweils informiert hat)? 4
 - b) Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung nach diesen Treffen getroffen (bitte Maßnahmen je Treffen nennen und angeben, inwiefern man sich diesbezüglich mit Vertretern der Bundesregierung abgestimmt hat)?..... 4
 - c) Haben diese Maßnahmen aus Sicht der Staatsregierung zu einem Erfolg geführt? 5
3. Treffen Staatsregierung mit Vertretern der russischen Regierung 5
 - a) Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und Vertretern der russischen Regierung im Zeitraum von 2006 bis 2020, die die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften zum Thema hatten (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben und ob die Staatsregierung die Bundesregierung darüber jeweils informiert hat)? 5
 - b) Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und Vertretern der russischen Botschaft bzw. des russischen Konsulats in München im Zeitraum von 2006 bis 2020, die die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften zum Thema hatten (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben und ob die Staatsregierung die Bundesregierung darüber jeweils informiert hat)? 5
 - c) Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung nach den in den Fragen 3 a und 3 b erfragten Treffen getroffen (bitte Maßnahmen je Treffen nennen

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

	und angeben, inwiefern man sich diesbezüglich mit Vertretern der Bundesregierung abgestimmt hat)?	5
4.	Zuständigkeiten der Aufsicht.....	5
a)	Wer trägt nach Einschätzung der Staatsregierung die staatlichen Aufsichtspflichten für die Wirecard AG in Deutschland insgesamt?.....	5
b)	Wer trägt nach Einschätzung der Staatsregierung die staatlichen Aufsichtspflichten für die Tochtergesellschaften der Wirecard AG in Deutschland?.....	5
c)	Wer trägt nach Einschätzung der Staatsregierung die staatlichen Aufsichtspflichten für die Wirecard Bank in Deutschland?	5
5.	Informierung der Staatsregierung	5
a)	Seit wann ist der Staatsregierung die für den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages erstellte Ausschuss-Drs. 19(7) – 533 bekannt?	5

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit der Staatskanzlei sowie dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, dem Staatsministerium der Justiz, dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus, dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, dem Staatsministerium für Digitales vom 25.09.2020

Vorbemerkung zu den Fragen 1 bis 3:

Angesichts des lange zurückliegenden Zeitraums und der sehr allgemeinen Fragestellung wäre eine vollständige Recherche mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Die Recherchen wurden daher auf eventuelle Kontakte der Kabinettsmitglieder der 17. und 18. Legislaturperiode im Zeitraum vom 10. Oktober 2013 (Bildung der ersten Staatsregierung der 17. Legislaturperiode) bis Bearbeitungsstand 13. August 2020 beschränkt.

Sofern nach Gesprächsterminen u. a. der Staatsregierung mit Vertretern der Wirecard AG gefragt wird, wird die Frage dahin gehend ausgelegt, dass nur nach Treffen und Gesprächsterminen gefragt wird, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens Wirecard AG im Rahmen ihrer Tätigkeit für dieses Unternehmen und nach außen hin erkennbar teilgenommen haben.

1. Treffen der Staatsregierung zum Thema Wirecard

- a) **Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und der Wirecard AG, einer ihrer Tochtergesellschaften und/oder vom Wirecard-Konzern beauftragten Interessenvertretern im Zeitraum von 2006 bis 2020 (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben)?**

Unter Hinweis auf die Vorbemerkung haben nach den vorliegenden Informationen in dem abgefragten Zeitraum folgende Kontakte – differenziert nach den Ressorts – stattgefunden:

Staatskanzlei

Für die Wirecard AG hat der ehemalige Landespolizeipräsident (LPP) Waldemar Kindler im Jahr 2019 ein Gespräch in der Staatskanzlei initiiert. Dieses Gespräch von Staatsminister Dr. Florian Herrmann fand am 20. November 2019 mit Alexander von Knoop (Finanzvorstand der Wirecard AG) sowie Burkhard Ley (ehemaliger Finanzvorstand der Wirecard AG) statt. Der ehemalige Landespolizeipräsident (LPP) Waldemar Kindler nahm ebenfalls an dem Gespräch teil. Gegenstand des Gesprächs war ein allgemeines Kennenlernen. Alexander von Knoop und Burkhard Ley haben die Wirecard AG als neues DAX-Unternehmen vorgestellt. Konkrete Anliegen wurden nicht vorgebracht.

Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Vorbemerkung:

Im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) erfolgte die Recherche auf Basis der Akten der Registratur des Staatssekretärsbüros und des Staatsministerbüros sowie der dort geführten elektronischen Kalender anhand des Suchbegriffs „wirecard“. Etwaige zufällige Begegnungen zwischen Kabinettsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern der Wirecard AG – insbesondere bei Veranstaltungen Dritter – würden daher keine Recherchetreffer generieren.

Staatsminister Joachim Herrmann empfing am 21. Juli 2014 auf Vermittlung von Ministerpräsident a. D. Peter-Harry Carstensen mit Peter-Harry Carstensen selbst, Burkhard Ley, damals Finanzvorstand der Firma Wirecard AG sowie Dr. Wulf Hambach von Hambach & Hambach Rechtsanwälte in seinem Büro. Burkhard Ley stellte das Geschäftsfeld der Wirecard AG im Kontext der Suchtprävention im Glücksspielbereich vor, da sich das Unternehmen Wirecard AG in der Lage sah, die Spezifika in diesem Bereich technisch umzusetzen. Dem Gespräch folgten keine weiteren Gespräche und auch keine Aktivitäten von Seiten des StMI.

Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Staatsminister Hubert Aiwanger hat mit Schreiben vom 23. November 2018 sowie vom 14. Juni 2019 im Rahmen der Einladung aller rund 50 Teilnehmer der Finanzplatz München Initiative (fpmi) auch den Vorstand der Wirecard Bank AG, Daniel Heuser, zu einer von ihm geleiteten Gesprächsrunde eingeladen. Eine entsprechende Einladung durch Staatssekretär Roland Weigert erfolgte mit Schreiben vom 18. November 2019 für eine vom ihm geleitete Gesprächsrunde. Zu den benannten Gesprächsrunden erschien jeweils kein Teilnehmer der Wirecard Bank AG. Hintergrund für diese Einladungen war die Aufnahme der Wirecard Bank AG in den Teilnehmerkreis der fpmi zum 1. Januar 2019. Die Wirecard Bank AG ist auf eigenen Wunsch zum 31. Juli 2020 aus dem Kreis der Teilnehmer der fpmi ausgeschieden.

Im Zusammenhang mit der Abwicklung der Corona-Soforthilfe ist die Wirecard AG auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) zugegangen und hat Unterstützung im Rahmen eines „Sponsorings“ angeboten.

Danach hat die Wirecard AG von Mitte April 2020 bis Anfang Mai 2020 etwa 6 000 Soforthilfe-Anträge digitalisiert. Hierzu wurde ein Vertrag geschlossen. Eine Vergütung, Aufwandsentschädigung oder sonstige Leistung/Vergünstigung wurde vom StMWi nicht erbracht.

Da es sich um eine einmalige (sondersituationsbedingte) unentgeltliche Sponsorleistung handelte, stand eine Wettbewerbsbeschränkung nicht im Raum.

- b) Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und der Bundesregierung im Zeitraum von 2006 bis 2020, die sich mit Wirecard beschäftigt haben (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben)?**

Auf die Vorbemerkung zu den Fragen 1 bis 3 wird verwiesen.

Auf Arbeitsebene wurde in einem Telefonat am 25. Juni 2020 zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), dem Bundesministerium der Finanzen und dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration die Verpflichteneigenschaft der Wirecard AG im Sinne des Geldwäschegesetzes erörtert.

- c) Inwiefern hat sich die Staatsregierung dafür eingesetzt, dass die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften im Ausland expandieren konnte (bitte Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben)?**

Auf die Vorbemerkung zu den Fragen 1 bis 3 wird verwiesen.

Nach den dem StMI vorliegenden Erkenntnissen ist eine entsprechende Unterstützung der Expansion der Wirecard AG im Ausland durch die Staatsregierung nicht erfolgt.

Dessen ungeachtet wurde Staatsministerin Ilse Aigner im Jahr 2016, im Rahmen einer Delegationsreise nach Polen, von Michael Santner, Managing Director Wirecard, Central Eastern Europe, begleitet.

Im Juli 2017 begleiteten Igor Senra, Geschäftsführer von Wirecard Brazil, und Sandra Meermann-Hying, Executive Vice President Sales Operations von Wirecard Brazil, auf Vorschlag des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Dr. Beate Merk, Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, bei einzelnen Terminen im Rahmen einer Reise nach São Paulo.

2. Treffen der Staatsregierung mit Sicherheitsbehörden

- a) Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und Vertretern von Sicherheitsbehörden im Zeitraum von 2006 bis 2020, die die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften zum Thema hatten (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben und ob die Staatsregierung die Bundesregierung darüber jeweils informiert hat)?**
- b) Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung nach diesen Treffen getroffen (bitte Maßnahmen je Treffen nennen und angeben, inwiefern man sich diesbezüglich mit Vertretern der Bundesregierung abgestimmt hat)?**

c) Haben diese Maßnahmen aus Sicht der Staatsregierung zu einem Erfolg geführt?

Auf die Vorbemerkung zu den Fragen 1 bis 3 wird verwiesen.

Im Zeitraum 10. Oktober 2013 bis zum Bearbeitungsstand 13. August 2020 gab es nach den vorliegenden Erkenntnissen keine Termine zwischen Kabinettsmitgliedern und Sicherheitsbehörden zum Thema Wirecard AG.

3. Treffen Staatsregierung mit Vertretern der russischen Regierung

- a) **Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und Vertretern der russischen Regierung im Zeitraum von 2006 bis 2020, die die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften zum Thema hatten (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben und ob die Staatsregierung die Bundesregierung darüber jeweils informiert hat)?**
- b) **Wie viele Kontakte gab es zwischen Vertretern der Staatsregierung und Vertretern der russischen Botschaft bzw. des russischen Konsulats in München im Zeitraum von 2006 bis 2020, die die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften zum Thema hatten (bitte Anlass, Zeitpunkte sowie Orte, Inhalte und Teilnehmer der Treffen angeben und ob die Staatsregierung die Bundesregierung darüber jeweils informiert hat)?**
- c) **Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung nach den in den Fragen 3 a und 3 b erfragten Treffen getroffen (bitte Maßnahmen je Treffen nennen und angeben, inwiefern man sich diesbezüglich mit Vertretern der Bundesregierung abgestimmt hat)?**

Auf die Vorbemerkung zu den Fragen 1 bis 3 wird verwiesen.

Im Zeitraum 10. Oktober 2013 bis zum Bearbeitungsstand 13. August 2020 gab es weder schriftliche noch mündliche Kontakte zwischen den Kabinettsmitgliedern mit Vertretern der russischen Regierung, der Botschaft oder der konsularischen Vertretungen, die die Wirecard AG und/oder eine ihrer Tochtergesellschaften zum Thema hatten.

4. Zuständigkeiten der Aufsicht

- a) **Wer trägt nach Einschätzung der Staatsregierung die staatlichen Aufsichtspflichten für die Wirecard AG in Deutschland insgesamt?**

Die Wirecard AG unterlag bzw. unterliegt nicht der geldwäscherechtlichen Aufsicht der Regierung von Niederbayern, da sie nicht als „Finanzunternehmen“ gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 6 Geldwäschegesetz (GwG) i. V. m. § 1 Abs. 24 GwG einzustufen ist. Es gelten die allgemeinen Vorgaben für Aktiengesellschaften.

- b) **Wer trägt nach Einschätzung der Staatsregierung die staatlichen Aufsichtspflichten für die Tochtergesellschaften der Wirecard AG in Deutschland?**

Die Analyse der Regierung von Niederbayern zu Tochterunternehmen der Wirecard AG mit Sitz in Bayern dauert noch an. Aus diesem Grund ist eine abschließende Bewertung zum jetzigen Zeitpunkt (Stand 13. August 2020) nicht möglich.

- c) **Wer trägt nach Einschätzung der Staatsregierung die staatlichen Aufsichtspflichten für die Wirecard Bank in Deutschland?**

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ist zuständige Aufsichtsbehörde für die in § 50 Nr. 1 GwG genannten Unternehmen. Damit ist sie zuständig für die Geldwäschaufsicht über die Wirecard Bank AG.

5. Informierung der Staatsregierung

- a) **Seit wann ist der Staatsregierung die für den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages erstellte Ausschuss-Drs. 19(7) – 533 bekannt?**

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Fragestellung auf die Ausschuss-Drs. 19(7) – 553 bezieht.

Die Drucksache ist der Staatsregierung seit dem 17. Juli 2020 bekannt.

b) Auf welchem Weg hat die Staatsregierung von dieser Drucksache erfahren?

Die Staatsregierung hat die Drucksache aus dem Deutschen Bundestag erhalten.

c) Hat bzw. haben sich das Bundesministerium der Finanzen und/oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Vorfeld der Erstellung dieser Ausschussdrucksache mit der Staatsregierung abgestimmt (wenn ja, bitte Personen bzw. Behördeneinheiten der Staatsregierung inkl. nachgeordneter Behörden nennen, die an dieser Abstimmung teilgenommen haben, sowie deren Beiträge angeben)?

Nein.

6. Kommunikation zwischen Bezirksregierung von Niederbayern und BaFin im Februar 2020

a) Seit wann hatte die Staatsregierung Kenntnis von der Kommunikation zwischen der Bezirksregierung von Niederbayern mit der Bundesanstalt im Februar 2020 (vgl. Ausschuss-Drs. 19(7) – 553, Seite 17), in welcher diese sich als für die Wirecard AG zuständige Geldwäscheaufsichtsbehörde betrachtete?

Am 23. Juni 2020 teilte die Regierung von Niederbayern dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration mit, dass sie mit der Wirecard AG befasst sei. Das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration bat daraufhin um Übermittlung des bis zu diesem Zeitpunkt stattgefundenen Schriftverkehrs, was durch die Regierung von Niederbayern erfolgte.

b) Welche Abstimmungen gab es zwischen der Bezirksregierung von Niederbayern im Zusammenhang mit der Kommunikation mit der BaFin im Februar 2020 vorher und/oder im Nachgang mit der Staatsregierung auf Leitungs- und/oder Arbeitsebene (bitte Personen bzw. Behördeneinheiten angeben)?

Bis zum 23. Juni 2020 erfolgte keine Abstimmung hierzu. Die anschließende Kommunikation des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration und der Regierung von Niederbayern fand auf Arbeitsebene zwischen den für das Thema „Geldwäscheprävention“ zuständigen Sachgebieten statt.

Da die Haupttätigkeit der Wirecard AG nicht darin bestand/besteht, Beteiligungen zu erwerben, zu halten oder zu veräußern, handelt bzw. handelte es sich bei der Wirecard AG nicht um ein Finanzunternehmen nach § 1 Abs. 24 Satz 1 Nr. 1 GwG und damit nicht um eine Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 GwG.

c) Wie beurteilte die Staatsregierung zum Zeitpunkt des Treffens der Bezirksregierung von Niederbayern mit der BaFin im Februar 2020 die Ansicht der Bezirksregierung von Niederbayern, wonach diese für die Wirecard AG die zuständige Geldwäscheaufsichtsbehörde sei?

Im Februar 2020 fand kein Treffen zwischen der Regierung von Niederbayern und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) statt, bei dem die Aufsicht über die Wirecard AG im Hinblick auf Geldwäscheprävention besprochen wurde. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6 a verwiesen.

7. **Kommunikation zwischen der Bezirksregierung von Niederbayern und der BaFin im Mai 2020**
- a) **Seit wann hatte die Staatsregierung Kenntnis von der Kommunikation der Bezirksregierung von Niederbayern mit der Bundesanstalt im Mai 2020 (vgl. Ausschuss-Drs. 19(7) – 553, Seite 19), in welcher diese sich als für die Wirecard AG zuständige Geldwäscheaufsichtsbehörde betrachtete?**

Auf die Antwort zu Frage 6 a wird verwiesen.

- b) **Welche Abstimmungen gab es zwischen der Bezirksregierung von Niederbayern im Zusammenhang mit der Kommunikation mit der BaFin im Mai 2020 vorher und/oder im Nachgang mit der Staatsregierung auf Leitungs- und/oder Arbeitsebene (bitte Personen bzw. Behördeneinheiten angeben)?**

Auf die Antwort zu Frage 6 b wird verwiesen.

- c) **Wie beurteilte die Staatsregierung zum Zeitpunkt des Treffens der Bezirksregierung von Niederbayern mit der BaFin im Mai 2020 die Ansicht der Bezirksregierung von Niederbayern, wonach diese für die Wirecard AG die zuständige Geldwäscheaufsichtsbehörde sei?**

Im Mai 2020 fand kein Treffen zwischen der Regierung von Niederbayern und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) statt, bei dem die Aufsicht über die Wirecard AG im Hinblick auf Geldwäscheprävention besprochen wurde.

8. **Einschätzung der Staatsregierung bei möglicher fehlender Informierung durch die Bezirksregierung**
- a) **Wie beurteilt die Staatsregierung für den Fall, dass sie im Hinblick auf die Kommunikation mit der Bundesanstalt weder am 25. Februar 2020 noch am 27. Mai 2020 von der Bezirksregierung Niederbayern im Vorfeld einbezogen wurde, diese unterlassene Informierung?**

Diese Frage wird im Rahmen der laufenden Aufarbeitung des Falles überprüft.

- b) **Falls die in Frage 8 a erfragte mögliche Nichteinbeziehung zutrifft, gab es diesbezüglich eine Kommunikation, Weisung oder Ähnliches seitens der Staatsregierung gegenüber der Bezirksregierung von Niederbayern (wenn ja, bitte Zeitpunkte angeben, wann diese Maßnahmen jeweils vorgenommen wurden)?**

Nein.